

Entlastungspaket Bundeshaushalt: zwischen Erleichterung und Enttäuschung

Der Vorstand des SGPV hat den parlamentarischen Entscheid zum Entlastungspaket der Bundesfinanzen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Bei der Landwirtschaft, die nicht für den Anstieg der Bundesausgaben verantwortlich ist, werden keine Abstriche gemacht! Ein kleiner Wermutstropfen bleibt allerdings: Der Nationalrat hat die Gelegenheit verpasst, die einheimische Lebensmittelproduktion besser zu schützen.

An seiner Sitzung vom 18. März 2026 hat der Vorstand des SGPV die Beratungen des Nationalrats über das Entlastungsprogramm des Bundes analysiert. Während der Bundesrat forderte, das Landwirtschaftsbudget um unglaubliche 259 Millionen Franken zu kürzen, hat das Parlament diesen Kurs glücklicherweise korrigiert. Das ist eindeutig ein positives Signal für die Finanzierung der Agrarpolitik 2030+ und für die Nahrungsmittelproduktion.

Ein Budget kann auf zwei Arten verbessert werden: Die Ausgaben werden reduziert oder die Einnahmen verbessert. In seiner Stellungnahme zum Finanzentlastungspaket 2027 hat der SGPV vorgeschlagen, die Einnahmen des Bundes durch eine Erhöhung der Zölle, insbesondere auf Futtergetreide, zu steigern. Dieser Vorschlag wurde in den Debatten im Parlament aufgegriffen, fand jedoch leider keine Mehrheit. Das ist eine verpasste Gelegenheit für die Landwirtschaft, die unverständlicherweise weder auf die Unterstützung der Rechten im Parlament noch auf alle landwirtschaftlichen Parlamentarier zählen konnte.

Ein angemessener Grenzschutz ist das einzige Mittel, um die einheimischen Preise zu stützen und die unaufhaltsam steigenden Produktionskosten zu decken. Und er hätte zudem keine nennenswerten Auswirkungen auf die Kaufkraft, da der Anteil von Getreide am Preis von Backwaren oder Fleisch vernachlässigbar ist.

Angesichts grosser internationaler Konflikte, steigender Preise für Produktionsmittel (Treibstoff, Düngemittel usw.) und für die einheimische Produktion ungünstiger Wechselkurse, ist es unerlässlich, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um die Rentabilität der Primärproduktion zu sichern. Das Parlament hat diesmal eine Chance verpasst; es bleibt zu hoffen, dass sie bei den Debatten zur AP 2030+ ergriffen wird!

SGPV, Bern 19. März 2026

Weitere Informationen

David von Wattenwyl, Präsident

079 685 08 86

Pierre-Yves Perrin, Geschäftsführer

079 365 42 74